

INTERVIEW ANDREAS ARMBORST

„Die Radikalisierung passiert im Netz“

Vereinsverbote sind für den Leiter des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention nur ein kleiner Baustein im Kampf gegen Extremismus.

TRIER/BONN/HANAU (cmk) Halle, Hanau und der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Das sind drei tödliche Anschläge von mutmaßlichen Rechtsterroristen. Vor einer Woche haben Ermittler bei einer Razzia in mehreren Bundesländern zwölf Mitglieder und Unterstützer der rassistischen Terrorzelle Combat 18 festgenommen, darunter ein Mann aus Trierweiler (Kreis Trier-Saarburg). Der TV hat mit Dr. Andreas Armbrorst, Leiter des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention (siehe Info), über die Gefahren, die von Rechtsextremismus ausgehen, und die Strategien dagegen gesprochen.

Warum häufen sich solche rechts-terroristischen Attentate in Deutschland?

Andreas Armbrorst: In der deutschen Nachkriegsgeschichte hat es zahlreiche rechtsterroristische Anschläge gegeben: Der Anschlag auf das Oktoberfest 1980, die NSU Mordserie oder die Pumpngun-Morde des Rechtsextremisten Thomas Adolf 2003. Ob sich mit der Häufung der Fälle in letzter Zeit so etwas wie eine Trendwende abzeichnet, kann man jetzt noch nicht sagen. Die Amadeu Antonio Stiftung führt in ihrer Statistik für die letzten 30 Jahre 198 Todesopfer rechter Gewalt. Einen klaren Trend in der Entwicklung der Fallzahlen kann man darin nicht ablesen. Das ist aber auch immer eine Frage der Zählweise. Aber ungeach-



Von der Polizei beschlagnahmt: Waffen und ein Schild der kriminellen Neonazi-Gruppe Combat 18.

FOTO: DPA

tet der Statistik, es ist in jedem Fall schockierend.

Wie groß ist die Gefahr, die von gewaltbereiten Rechtsextremen ausgeht?

Armbrorst: Vergleicht man sie mit anderen Gefahren des täglichen Lebens, dann außerordentlich gering; selbst für die Zielgruppen rechter Gewalt: Migranten, Homosexuelle, Muslime, Juden und politisch Andersdenkende. Aber selbst eine geringe Gefahr für Leib und Leben dieser Menschen ist inakzeptabel. Außerdem richtet rechter Terror auch psychologischen Schaden bei Menschen an, die nicht unmittelbar selbst von der Gewalt betroffen sind. Terrorismus erzeugt im Vergleich zu seiner tatsächlichen Gefahr überproportional viel Angst.

Bei den jüngsten rechtsextremen Anschlägen beharren rechte Gruppierungen und Meinungsmacher darauf, dass es Einzeltäter waren. Stehen denn nicht immer ideologiesteuerte Netzwerke hinter solchen Taten?

Armbrorst: Das ist ein natürlicher Abwehrreflex. Jede Person des öffentlichen Lebens distanziert sich von so einer absehbaren Tat, wie der in Hanau. Der Mord an Walter Lübcke wurde aber auch teilweise von Personen ganz offen bejubelt. Dass einige von ihnen dabei noch nicht einmal

anonym bleiben wollten, deutet auf eine große Akzeptanz für politischen Mord in einigen Teilen der Bevölkerung hin. Der Hauptverdächtige Stephan E. handelte bei dem Mord im Sinne vieler Migrationsgegner. Der Attentäter von Hanau wiederum stand nach derzeitigen Stand eher unter dem Einfluss der US-amerikanischen Ideologie „Weißer Vorherrschaft“ in Kombination mit einer psychotischen Störung.

Welche Netzwerke und Organisationen sind denn aus Ihrer Sicht gefährlich?

Armbrorst: Solche, die die Sicherheitsbehörden noch gar nicht kennen. Insbesondere militante virtuelle Netzwerke, die zum Beispiel auf der Spieleplattform Steam oder im Sprachchat Discord agieren, sind schwer zu überwachen. Aber hier findet in geschlossenen Räumen ein großer Teil der Anwerbung und Indoktrinierung statt. Aus diesen Kreisen treten dann manchmal Leute als vermeintliche Einzeltäter in Erscheinung. Die Extremismusforscherin Julia Ebner hat bemerkenswerte Einblicke in diese Radikalisierungswelten erhalten.

Funktioniert bei rechtsextremen Netzwerken wie der Kampfgruppe Combat 18 ein Verbot, oder ist es Augenwischerei und die Mitglieder solcher Organisationen machen unter

dem Radar der Behörden weiter?

Armbrorst: Mit einem Vereinsverbot engen die Behörden den Handlungsspielraum einer Gruppe zum Beispiel beim Fundraising ein. Außerdem verliert eine extremistische Gruppe dadurch den Anstrich einer legitimen Organisation. Die Hürde für die Rekrutierung neuer Mitglieder aus dem gesellschaftlichen Mainstream dürfte höher sein. Wie Sie in Ihrer Frage schon andeuten, kann ein Vereinsverbot die eingeschlossenen Mitglieder in den Untergrund

drängen. Vereinsverbote sind daher nur ein Baustein für die Bekämpfung und Prävention von Extremismus.

Inwiefern führt die ungefilterte Verbreitung von Verschwörungstheorien und von Fake News übers Internet dazu, dass es mehr gewaltbereite Extremisten gibt?

Armbrorst: Fake News sind Gift für die freie Gesellschaft. Personen radikalisiert sich, indem sie zu der Überzeugung gelangen, dass eine andere Gruppe absichtlich soziale Missstände herbeiführt. Verschwörungstheorien und Fake News können ein Mittel sein, um Menschen davon zu überzeugen. Bei dem Täter von Hanau glaube ich aber nicht, dass Verschwörungstheorien ihn radikalisiert haben. Ich vermute eher, dass er sich Fake News zur Bestätigung seiner verdrossenen, psychotischen und extremistischen Weltanschauung gezielt gesucht hat.

Welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht Äußerungen von neurechten Ideologien oder Politikern – zum Beispiel der extremen Stimmen in der AfD – bei der Radikalisierung rechtsextremer Täter?

Armbrorst: Sie sind der intellektuelle Nährboden für politische Radikalisierung. Ihre Thesen vom „großen Austausch“ und dem „Ethnopluralismus“ machen wirtschaftliche und politische Eliten für die vermeintliche Überfremdung der westlichen Gesellschaft verantwortlich. Allerdings verzichten die Neue Rechte auf den Einsatz von Gewalt, um die von ihr wahrgenommenen

sozialen Missstände zu beheben. Auch die Alt-Right Bewegungen hat ideologische Gemeinsamkeit, und es gibt militante Splittergruppen, wie die Atomwaffen Division. Sie setzen auf politische Gewalt und Terrorismus, um die gleichen Ziele zu verfolgen.

Welche Parallelen gibt es zwischen rechtem und islamistischen Terror (gerade in Bezug auf den Radikalisierungsprozess)?

Armbrorst: Die Parallelen finden sich zum einen im Gerüst der Ideologie. Alle militanten Ideologien funktionieren gleich: Sie schildern ein soziales Unrecht; sie geben einer bestimmten Gruppe die Schuld daran; und sie rufen zum Kampf gegen diese Gruppe auf. Im Islamismus ist es der wahrgenommene „Krieg gegen den Islam“, durch die Zionisten und Kreuzfahrer“ die mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Bei den Rechten sind es die „Volksverräter, die die Islamisierung des Westens herbeiführen und unser Land schutzlos der Kriminalität und dem islamistischen Terrorismus ausliefern“. Und hinter allem steht dann noch die jüdische Weltverschwörung. Parallelen zwischen Islamisten und Rechtsextremen finden sich aber auch in den persönlichen Merkmalen radikalisierter Personen: Ein unerfülltes Bedürfnis nach Wertschätzung, eine akute Lebenskrise oder die sprichwörtlich falschen Freunde machen Menschen anfällig für Radikalisierung.

INTERVIEW: CHRISTIAN KREMER

INFO

Zur Person



Dr. Andreas Armbrorst (40) ist seit 2016 Leiter des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention (NZK) in Bonn. Das NZK wird vom Bundesinnenministerium gefördert. Armbrorst (Foto: privat) hat in Trier Soziologie studiert. Anschließend absolvierte er in Hamburg einen Masterstudiengang in Kriminologie, promovierte am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg, und war dann Marie Curie Fellow an der University of Leeds (GB).

Combat-Akteur nicht nur Mitläufer

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Ein in Trierweiler (Kreis Trier-Saarburg) lebender Rechtsextremist soll aktives Mitglied der Ende Januar vom Bundesinnenministerium verbotenen Neonazi-Gruppe Combat 18 sein. Das geht aus einer Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage der Trierer Linken-Bundestagsabgeordneten Katrin Werner hervor, die unserer Zeitung vorliegt. Danach soll der Mann unter anderem als Ordner bei von Combat 18 mitorganisierten rechtsextremistischen Konzerten tätig gewesen sein sowie an internen Treffen der Gruppierung teilgenommen

haben. Er sei „ein wesentlicher Akteur von Combat 18 Deutschland“, heißt es in dem Schreiben des Innenministeriums wörtlich. Nach dem Verbot Ende Januar hatte es bundesweit Durchsuchungen gegeben. In Rheinland-Pfalz wurde nur die Wohnung des Mannes in Trierweiler durchsucht. Die zehn Ermittler stellten Handys, Speichermedien, CDs, rechtsextreme Symbole und Kleidungsstücke sicher, wie ein Sprecher des Mainzer Innenministeriums seinerzeit unserer Zeitung sagte. Schwerpunkte der Aktion waren Thüringen und NRW. Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden richtet sich Combat 18

gegen die verfassungsmäßige Ordnung, „da sie mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt ist“. Die Behörden von bundesweit rund 20 Mitgliedern aus. Neben einer Führungsebene gebe es regionale Sektionen, darunter eine in Rheinland-Pfalz. Die Linken-Bundestagsabgeordnete Katrin Werner forderte die Mainzer Landesregierung zu einer schnellen und umfassenden Aufklärung über rechtsextreme Netzwerke in Rheinland-Pfalz auf. Die Gefahr sei auch in Rheinland-Pfalz lange unterschätzt worden, kritisiert Werner. Es sei naheliegend, „dass wir bisher nur die Spitze des Eisbergs sehen“.

Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt hat Zulauf

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt nimmt auch in Rheinland-Pfalz zu. Eine Beratungsstelle hilft Betroffenen.

VON IRA SCHAIBLE

KOBLENZ/MAINZ (dpa) Eine schwarze Deutsche wird beim Einkaufen von einem Fremden rassistisch beleidigt und angerempelt. Eine jüdische Mutter ist immer wieder antisemitischen Beschimpfungen aus ihrer Nachbarschaft ausgesetzt. Und ein alternativ-punkig gekleideter Mann wird nach einem Konzert von hinten von einem Unbekannten aus einer Gruppe niedergeschlagen und schwer verletzt, auch einer seiner Begleiter wird angegriffen. „88 – Ihr wisst Bescheid!“, rufen die Täter ihren Opfern noch hinterher. 88 steht in der rechtsextremen Szene für die Buchstaben HH und für Heil Hitler. Solche Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützt die mobile Beratungsstelle m*power in Rheinland-Pfalz.

96 Beratungsfälle (darunter drei Gruppen) waren es 2019 - und damit fast dreimal so viele wie im Vorjahr (37) – Tendenz stark steigend, wie der Leiter der Beratungsstelle mit Hauptsitz in Koblenz, Rolf Knieper, sagt. Alleine im Januar dieses Jahres

seien 20 neue Beratungsfälle dazu gekommen, etwa doppelt so viele wie im gleichen Monat des Vorjahres.

„Und wir kratzen nur an der Spitze des Eisbergs.“ In dem Anstieg spiegelt sich die Gesamtstimmung in der Gesellschaft wider. „Was sich Leute vor fünf Jahren noch nicht getraut haben, sagen sie jetzt“, ist Knieper überzeugt. Viele Rassisten fühlten sich im Recht und fänden dafür Bestätigung, ergänzt Wolfgang Faller vom Familien- und Integrationsministerium. „Das vielfach festgestellte Anwachsen von Hass- und Drohbotschaften on- und offline“ nennt das Ministerium in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der grünen Abgeordneten Pia Schellhammer als einen Grund für den Anstieg – aber auch den wachsenden Bekanntheitsgrad der 2017 gegründeten Beratungsstelle.

Von August an soll die Einrichtung mit zwei Vollzeitstellen zur Meldestelle für antisemitische Vorfälle ausgebaut werden, wie Faller ankündigt. Antisemitismus sei oft nicht das einzige Merkmal „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Rechtsextremismus, Rassismus oder Frauenfeindlichkeit etwa kämen dazu. „Bei einer großen Anzahl von Opfern



Rolf Knieper, Leiter der mobilen Beratungsstelle m*power.

FOTO: DPA

von Gewalt und Bedrohung kann das Tatmotiv nicht eindimensional zugeordnet werden“, heißt es in der Antwort des Ministeriums auf die Kleine Anfrage. Die Meldestelle soll auch dafür einen besseren Überblick bringen. Opfer der rechtsextremen oder rassistischen Gewalt seien besonders häufig Migranten, politisch Andersdenkende, alternativ gekleidete Jugendliche, schwarze Deutsche, Wohnungslose sowie Schwule und Lesben, berichtet Knieper. Betroffen seien sowohl Männer und Frauen, alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Eine vermutete politische Gegnerschaft sei oft schon ge-

nug. „Es reicht, nicht rechts zu stehen.“ Opfer könne durchaus eine über 50 Jahre alte Frau werden, die sich in der Zivilgesellschaft engagiere. „Die demokratische, liberale, offene Gesellschaft wird abgelehnt“, formuliert es Faller.

Alle von solchen verbalen oder körperlichen Angriffen Betroffenen könnten sich umgehend bei m*power im geschützten Rahmen beraten lassen. „Eine körperliche Attacke ist heftig für den Einzelnen. Aber permanent verbal attackiert zu werden, kann eine heftigere posttraumatische Belastungsstörung nach sich ziehen“, betont Knieper. Als Beispiel

nennt er die Tochter der von Nachbarn angefeindeten Jüdin. Sie habe aufgrund der Traumatisierung eine Essstörung entwickelt. Andere verließen ihre Wohnung nicht mehr. Im Mittelpunkt der Beratung von m*power stehe, „dass sich die Betroffenen in ihrem Leiden ernst genommen fühlen und ihre eigene Handlungsfähigkeit wiedererlangen“, betont Integrationsministerin Anne Spiegel (Grüne).

Knieper rät Betroffenen, möglichst schnell Kontakt aufzunehmen und sich zu überlegen, Anzeige zu erstatten, auch dabei könne die Beratungsstelle unterstützen. Bei m*power arbeiten außer Sozialarbeiter Knieper noch zwei Fach- und eine Honorarkraft. Sie fahren durch das Land, um Betroffene zu beraten – zu Hause, im Café oder in einer Einrichtung. Sie geben auch Seminare: 21 waren es im vergangenen Jahr. Auch die seien immer häufiger gefragt, etwa von Schulen. Aber auch Kitas hätten großen Bedarf, weil mitunter rechtspopulistische Bemerkungen von Eltern oder im Team laut würden, berichtet Knieper. So sei eine Kita nach einem interkulturellen Fest förmlich von Eltern überrannt worden, die vehement ein „deutsches Fest“ gefordert hätten.

Rekord bei Zahl der Asylverfahren

KOBLENZ (dpa) Die Zahl der Asylverfahren am Obergericht (OVG) Rheinland-Pfalz in Koblenz hat einen Rekord erreicht. 2019 gingen 1025 neue Fälle ein, teilte das OVG am Freitag mit. „Die im letzten Jahr prognostizierte Bugwelle an Asylverfahren hat damit mit Macht die zweite Instanz erreicht, und dass damit der Scheitelpunkt bereits erreicht wäre, zeichnet sich nicht ab“, hieß es. 2018 hatte es 789 neue Asylverfahren am OVG gegeben. Die Anzahl neuer Fälle in der ersten Instanz in Rheinland-Pfalz fiel dagegen angesichts bundesweit gesunkener Flüchtlingszahlen von 6110 im Jahr 2018 auf 4982 im Jahr 2019.

KORREKTUR

In der Berichterstattung über die Bluttat in Hanau (TV vom 21. Februar) haben wir auf Seite eins früher rechtsterroristische Anschläge erwähnt, darunter Halle. Dort hatte der Täter eine Synagoge angegriffen, nicht eine Moschee, wie wir irrtümlich geschrieben haben. Wir bedauern dies und bitten, den Fehler zu entschuldigen.